

**FDP**

Die Liberalen

**B.6**Fond Deutsche  
Einheit

Antragsname:

Fond Deutsche Einheit

Antragsteller:

Bezirksvorstand

Antragsergebnis:

Ja: \_\_\_\_\_

Nein: \_\_\_\_\_

Enth.: \_\_\_\_\_

5 **„Innere Einheit durch Gleichbehandlung vollenden:  
Strukturfinanzierung an ökonomische Kriterien und nicht  
an Himmelsrichtungen knüpfen“**

10 Die FDP Ruhr tritt dafür ein, die regionale Strukturpolitik in Deutschland auf eine neue  
Grundlage zu stellen. Sie ist heute vorrangig durch eine Umverteilungsrichtung von  
West nach Ost bestimmt. Dieser Grundansatz setzte die Prämisse voraus, dass von  
einem einheitlichen Struktur- und Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und  
Westdeutschland auszugehen ist. Dieses Bild hatte in der Vergangenheit zwar seine  
Berechtigung. Heute aber stimmt es nicht mehr.

15 Insbesondere die Kommunen im Ruhrgebiet haben, gemessen an objektiven  
ökonomischen Kriterien, an Boden verloren, während sich auf der anderen Seite in  
Ostdeutschland zahlreiche Boom-Regionen etabliert haben (z.B. Dresden, Leipzig,  
Potsdam etc.). Allein die Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften im  
20 Gebiet des KVR betrug Ende 2002 fast 10 Mrd. €. Trotzdem haben sie in den Jahren  
von 1991 bis 2002 mehr als 1,7 Mrd. € an Transferleistungen aufbringen müssen.

25 Wir sind davon überzeugt, dass es dem Gebot der Gerechtigkeit widerspricht,  
Leistungen von Gebern zu verlagern, die eine vergleichbare oder noch größere  
Bedürftigkeit als die Empfänger aufweisen. Diese Wertung wurde beispielsweise auch  
von den Vätern des Fonds „Deutsche Einheit“ geteilt. Sie haben die Länder Bremen  
und Saarland, denen sie in ihrer finanziellen Lage nicht zumuten wollten, die  
Finanzierung mit zu schultern, als Geber ausgespart.

30 Die bisherige Förderpraxis muss daher nach 13 Jahren deutscher Einheit auf die  
verbliebenen Schwachstellen konzentriert werden. Die bislang ausschließlich nach  
Himmelsrichtungen ausgerichtete Förderung muss durch eine gezielte und  
wirtschaftlichen Kriterien genügende Förderung strukturschwacher Regionen im  
gesamten Bundesgebiet ersetzt werden. Eine unter ökonomischen Gesichtspunkten  
35 nicht mehr zu rechtfertigende Dauerförderung nur in eine Richtung könnte ansonsten  
gerade eine Neiddebatte befördern, die dem Ziel der Vollendung der inneren Einheit  
entgegensteht.

Die bisherigen Maßnahmen, nämlich eine Schuldübernahme für den „Fonds Deutsche Einheit“ durch den Bund im Jahre 2020 verbunden mit einer Tilgungsstreckung bis dahin genügen nicht. Die Tilgungsstreckung widerspricht zudem dem Gebot der Generationengerechtigkeit, weil sie im Ergebnis höhere Zinslasten verursacht.

Antragsname:

**Fond Deutsche Einheit**

Antragsteller:

**Bezirksvorstand**

5

Begründung erfolgt mündlich

10

### **Hintergrund zum Stichwort Fonds Deutsche Einheit:**

Sowohl um die Altverbindlichkeiten der ehemaligen DDR abzudecken als auch investive Mittel zum Wiederaufbau von Infrastruktur in den neuen Bundesländern bereit zu stellen, ist per Gesetz der Fonds „Deutsche Einheit“ (Gesetz über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 25. Juni 1990, BGBl. 1990 II, S. 518, 533) errichtet worden. An der Finanzierung des Fonds sind Bund, Länder und Kommunen beteiligt.

15

20

Die Geschäftsgrundlagen, die für diesen Kraftakt vorausgesetzt wurden, haben sich aber grundlegend gewandelt:

1. Der Finanzierungsbedarf des Fonds „Deutscher Einheit“ wurde ursprünglich auf 115 Mrd. DM (= ca. 59 Mrd. EURO) geschätzt. Diese Zahl erwies sich als zu niedrig. So wurde z.B. 1992 der Fonds per Gesetz auf 146 Mrd. DM (= ca. 75 Mrd. EURO) aufgestockt. Das entspricht einer Steigerung bei den bis 1995 ausgezahlten Mitteln von über 27 %.
2. Die Belastbarkeit der Geberseite wurde immer vorausgesetzt. Deswegen wurden die Länder Bremen und Saarland von Anfang an von ihren Beiträgen auf Grund eigener Finanzschwäche freigestellt. Die Haushaltssituation auf der Geberseite hat sich aber massiv verschlechtert.
3. Es wurde vorausgesetzt, dass die Strukturdaten in den Regionen Ostdeutschland durchweg schlechter seien als in den Regionen Westdeutschlands. Mittlerweile zeichnet sich aber eine deutlich unterschiedliche Entwicklung in Ostdeutschland von boom-Regionen (z.B. Leipzig, Dresden) und echten Problemregionen ab. Die Kommunen im Ruhgebiet weisen, was z.B. die Frage der Arbeitslosigkeit angeht, Zahlen auf, die ohne weiteres mit denen der Problemregionen Ostdeutschlands vergleichbar sind, insbesondere wenn man die die höhere Erwerbspersonenzahl in Ostdeutschland, die der Arbeitslosenquote zu Grunde legt, beachtet.

25

30

35

40